

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 18:00 bis 20:05 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt

Ratsfrau Berendine Bamminger

Beigeordneter Bernd Bornemann

Ratsherr Walter Davids

Ratsfrau Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Ratsherr Jürjen Heinks

Beigeordneter Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Bernd Kalkkuhl

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Kai-Uwe Schulze

Ratsherr Ihno Slieter

Beigeordneter Johann Südhoff

Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Herbert Buisker

Ratsherr Ihno Groeneveld

Ratsherr Kurt Hannappel

Ratsherr Reinhard Hegewald

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz-Werner Janßen

Ratsherr Hinrich Odinga

Bürgermeisterin Andrea Risius

Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Heino Ammersken

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

Beigeordneter Erich Bolinius

Ratsherr Rolf Bolinius

Beigeordnete Hillgriet Eilers

Ratsherr Holger Klaassen

Ratsherr Franz Melles

Ratsherr Roland Riese

(bis 19.19 Uhr)

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Ratsfrau Christine Schmidt
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

(ab 18.10 Uhr)

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jan Röttgers
Stadtrat Martin Lutz
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Protokollführerin Karin Jetses

ca. 15 Zuhörerinnen und Zuhörer

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Anschließend gratuliert er **Herrn Rolf Bolinius** zur Geburt seiner Tochter.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt erklärt, zu TOP 11 und TOP 12, Vorlagen 14/875-01 „Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004“ und 14/877-01 „Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2007“ lägen zwischenzeitlich die Ergänzungsvorlagen 14/875-02 und 14/877-02 vor, über die heute abgestimmt werden müsse.

Herr Brinkmann erklärt, am 18.02.2004 sei ein schriftlicher Antrag von Herrn Mecklenburg auf Absetzung der Tagesordnungspunkte 6 und 7, Vorlagen 14/10-19 „Umbesetzung von Ratsausschüssen“ und 14/11-03 „Bestimmung der Vorsitze für die Ausschüsse und Benennung ihrer Vorsitzenden“ eingegangen. Er fragt Herrn Mecklenburg, ob er den Antrag aufrecht erhalten wolle.

Herr Mecklenburg betont, es handele sich um einen Antrag für den Verwaltungsausschuss und nicht für den Rat.

Herr Brinkmann entgegnet, dies sei ein Irrtum. Es lägen zwischenzeitlich zwei Anträge vor:

Der erste v. 18.02.2004 sei an ihn persönlich gegangen. Der zweite v. 19.02.2004 sei an den Verwaltungsausschuss gegangen.

Herr Mecklenburg antwortet, er wolle im Rat keinen Antrag stellen.

Herr Brinkmann erklärt, er sei zu Beginn der Sitzung schriftlich von Herrn Mecklenburg über dessen Rücktritt als Vorsitzender des Schulausschusses in Kenntnis gesetzt worden.

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rates am 22.01.2004 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/15-05
Umsetzung des Jugendhilfeausschusses

Beschluss: Der Rat stellt die nachstehend aufgeführte Besetzung des Jugendhilfeausschusses fest:

Beratendes Mitglied

Elternvertreter von Kindertagesstätten

Herr Carsten Schubert
Kirschbaumstr. 21, 26725 Emden

für Frau Monika Weniger

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14/10-19
Umsetzung von Ratsausschüssen

Herr E. Bolinius teilt mit, dass die FDP-Fraktion sich nicht an der Abstimmung beteiligen werde. Er erkundigt sich, ob die FDP-Mitglieder den Raum verlassen sollen.

Herr Dr. Kleinschmidt verneint dies.

Beschluss: Der Rat stellt nachstehend aufgeführte Änderung der Besetzung des Schulausschusses fest:

Ratsfrau Elfriede Meyer für Ratsherrn Rico Mecklenburg

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 020
Dagegen: 000
Enthalt.: 011

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Punkt : 7 Vorlage 14/11-03
Bestimmung der Vorsitze für die Ausschüsse und Benennung ihrer Vorsitzenden

Herr H. W. Janßen bittet um getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2. Dem wird so entsprochen.

Beschluss: Der Rat stellt nachfolgend aufgeführte Änderung bei der Besetzung der Ausschussvorsitze fest:

1. Werksausschuss Hans-Susemihl-Krankenhaus (stellv. Vorsitzender)

Ratsherr Bernd Renken für Rats Herrn Hermann Züchner

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 039
Dagegen: 000
Enthalt.: 000

Beschluss: Der Rat stellt nachfolgend aufgeführte Änderung bei der Besetzung der Ausschussvorsitze fest:

2. Schulausschuss

Beigeordneter Bernd Bornemann für Rats Herrn Rico Mecklenburg

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 020
Dagegen: 000
Enthalt.: 019

Punkt : 8 Vorlage 14/14-06
Besetzung von Gremien

Beschluss: Der Rat stellt nachstehend aufgeführte Änderung in der Besetzung des Aufsichtsrates der GEWOBA Emdener Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH fest:

Beratendes Mitglied:

Rats Herr Wulf-Dieter Stolz für Rats Herrn Hermann Züchner

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 9 Vorlage 14/1044-00
Anstaltsbeiräte in niedersächsischen Justizvollzugsanstalten;
Ernennung neuer Beiratsmitglieder

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Herr Dr. Kleinschmidt weist darauf hin, dass mindestens drei Personen in die Vorschlagsliste aufgenommen werden müssen. Es werde daher Herr Gerhard Poppinga noch mit aufgeführt.

Beschluss: Nachstehend aufgeführte Personen werden in die Vorschlagsliste aufgenommen:

Heino Ammersken
Westerbalje 32
26723 Emden

Rico Mecklenburg
Saarke-Moyarts-Str. 11
26725 Emden

Gerhard Poppinga
Justus-von Liebig-Str. 4
26723 Emden

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 10 Vorlage 14/1038-00
Entlassung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Widdelswehr-Petkum aus dem Ehrenbeamtenverhältnis

Herr Dr. Kleinschmidt betont, dass die Entlassung des Herrn Berend Sanders aus dem Ehrenbeamtenverhältnis auf eigenem Wunsch passiere.

Beschluss: Der Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Widdelswehr-Petkum, Herr Berend Sanders, ist auf seinen Antrag gemäß § 195 in Verbindung mit § 38 Nds. Beamten-gesetz zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister zu entlassen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 11 Vorlage 14/875-02
Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004

Herr Lutz ist erfreut über den ausgeglichenen Haushaltsplan im Jahre 2004. Diesen erwarte er in den nächsten Jahren nicht mehr. Seit 2001 sei eine Arbeitsgruppe mit der neuen Finanzierung der deutschen Kommunen beschäftigt gewesen, unterstreicht er. Eine Unterarbeitsgruppe arbeitete an der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. In ihrem Abschlusspapier hätten die Experten festgestellt, dass die deutschen Kommunen durch die Nichtzahlung von Sozialhilfe um einen Betrag von 10,4 Milliarden € entlastet würden. Die Aufwendungen für das neue Arbeitslosengeld II würden sich jedoch auf 24,4 Milliarden € belaufen. Für 2005 lägen mittlerweile die Beschlüsse und die Schätzzahlen vor. Durch

- a) den Wegfall des Wohngeldes
- b) das Erbringen der neuen Leistung „Kosten der Unterkunft“
- c) die Nichtbeteiligung des Bundes am pauschalierten Wohngeld
- d) Transfergeldempfänger (Personen, die Arbeitslosengeld II erhalten)

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

würden der Stadt Emden im Jahr 2005 10 Mio. € weniger als bisher im Verwaltungshaushalt zur Verfügung stehen. Dieses Geld werde bei den Investitionen fehlen. Er bemängelt, dass die Kommunen an dieser Kompromisslösung nicht beteiligt worden seien. In dem Haushalt 2004 konnten die maßvollen Forderungen der Politiker noch berücksichtigt werden. Diese seien auf Seite 2 des Budgetbuches dargestellt. Im Investitionshaushalt sei eine entsprechende Änderungsliste vorbereitet worden.

Herr Brinkmann ergänzt, dass der Hauptausschuss des Nds. Städtetages sich vor 14 Tagen intensiv mit diesem Thema beschäftigt habe, weil andere Städte, wie z. B. Stuttgart, München, Hannover o. ä. ganz andere Dimensionen aufweisen würden. So habe z. B. die Stadt Stuttgart nur durch diesen Beschluss einen Fehlbetrag von über 30 Mio. € errechnet. Der Hauptausschuss des Nds. Städtetages sei der Meinung, dass es noch eine Chance für die Veränderung dieses Gesetzes gäbe. Es sei auch teilweise von den Landkreisen in Umlauf gebracht worden, dass der Deutsche Städtetag dieses Modell herausgebracht habe. Dies sei falsch. Der Deutsche Städtetag habe lediglich in bestimmten Bereichen einen Vorschlag gemacht. Danach wäre die Stadt Emden mit einem „positiven blauen Auge“ davon gekommen. Dieser Beschluss sei zwischen Land und Bund gefasst worden. Er betont, dass der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen worden sei. Damit zeige sich einmal mehr, dass eine solide Abfragung der Beschlüsse dringend notwendig sei. Er hoffe, dass es relativ schnell noch zu einer Veränderung des Gesetzes Hartz IV komme. Der Rat habe sich jahrelang um einen ausgeglichenen Haushalt bemüht. Er weist darauf hin, dass dieser Kompromiss auf die heutigen Beratungen lediglich einen psychologischen Einfluss habe und betont, dass noch nicht alles verloren sei.

Herr Bongartz weist darauf hin, dass dieser Kompromiss das Prinzip der Kommunalen Selbstverwaltung massiv in Frage stelle. Wenn dies so aufrecht erhalten werde, seien die Kommunen auf Dauer nicht mehr in der Lage, ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Er erkundigt sich, ob der Deutsche Städtetag beabsichtige, gegen diesen Kompromiss Rechtsmittel einzulegen.

Herr Brinkmann antwortet, dass eine Kommune für einen Musterprozess ausgesucht werde. Dies sei jedoch erst der zweite Schritt. Die Verwaltung hoffe, dass man ohne diesen Prozess zu einer Einigung gelangen werde, so dass zumindest ein +/-0-Ergebnis dabei herauskomme. Immerhin sollten die Kommunen entlastet und nicht belastet werden.

Herr Dr. Kleinschmidt weist darauf hin, dass jedem Fraktionsvorsitzenden 20 Minuten Redezeit zur Verfügung ständen. Er bittet **Herrn Haase** um Vortrag:

Zitat:

„Herr Ratsvorsitzender, ich hatte mich verständlicherweise auch zu diesem Thema gemeldet, wozu Herr Bongartz gerade sprechen durfte. Denn in der Tat will ich hier sehr deutlich machen, dass wir als sozialdemokratische Ratsfraktion die exakte Kritik, die Herr Lutz und Herr Brinkmann hier formuliert haben, teilen und wenn wir uns an die Diskussion seinerzeit um die Ratsresolution auf Basis des Deutschen Städtetages zur Gemeindefinanzreform erinnern, die wir ja heftig und leider auch kontrovers geführt haben, so ist das, was seinerzeit im Vermittlungsausschuss um 2 Uhr nachts nach meinen Informationen herausgekommen ist, der worst-case für die Gemeinden. Man muss sehr deutlich sagen und das gilt ausdrücklich auch für die SPD, also A- wie B-Länder, dass die Länder die kommunalen Interessen in diesem Fall bei weitem mit Füßen getreten haben und offensichtlich nicht in der Lage waren, das auszurechnen, was tatsächlich dann am Schluss vor Ort in den Kreisen und Gebietskörperschaften ankommt. Ich hoffe sehr, dass es uns gemeinsam als kommunale Vertreter gelingt, und zwar über die Parteigrenzen hinaus, hier noch gegen zu wirken auf die Länderregierungen, wo wir Einfluss haben, aber auch auf die Bundesregierung, wo wir unsere Vertreter sehr deutlich darauf hinweisen müssen, dass dieses Ergebnis des Vermittlungsausschusses für etliche Gemeinden in Deutschland das Ende bedeutet. Da nützt kein Lamentieren über ein-

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

zelne Regionen, wo es viele Kassenkredite gibt. Dann sind alle fast „landunter“. Darüber müssen wir uns im Klaren sein, das ist das Ende der in Art. 28 GG garantierten kommunalen Selbstverwaltung.

Ich will aber jetzt zum Haushalt d. J. kommen und da möchte ich mich zunächst einmal bei allen Fraktionen, aber auch insbesondere bei der Verwaltung sehr herzlich bedanken, weil ich glaube, dass es uns wieder einmal gelungen ist, in Vorverfahren eine erfolgreiche Abstimmung herzustellen, was nicht unbedingt ganz logisch war nach den doch tiefen Gräben, die im Rahmen der Schuldebatte hier auch im Emdener Rat zunächst entstanden sind - insofern ein großes Kompliment an alle Fraktionen. Ich glaube, wir sind erneut unserer Verantwortung gerecht worden und eins war natürlich bei allen Gesprächen, die wir geführt haben, immer die Richtschnur:

Die Nettoneuverschuldung in Emden, die wir seit Jahren versuchen, in einem sehr engen Korsett zu halten, wurde auch bei den Dingen nicht wesentlich erweitert, wo wir darüber nachdenken, Veränderungen im Haushalt durchzuführen. Ich denke mir, festzuhalten ist nach wie vor für Emden, dass wir im Vergleich zu anderen Städten und Kreisen eine sehr solide Haushaltspolitik hinbekommen. Hierauf können wir stolz sein! Und ebenso bleibt es – und auch das ist glücklicherweise Konsens zwischen allen Fraktionen - bei dem gemeinsam mit der Verwaltung formulierten Ziel, die Nettoneuverschuldung langfristig auf „0“ zu führen. Angesichts der aktuellen Entwicklung, wie sie Herr Brinkmann und Herr Lutz beschrieben haben, wird das natürlich nicht mehr möglich sein. Das muss man in aller Deutlichkeit so formulieren.

Nach wie vor glaube ich auch, dass es ein ganz hoher Wert ist, dass Emden zu den wenigen Gebietskörperschaften gehört, die keine Kassenkredite hat. In anderen Regionen Niedersachsens haben wir es teilweise mit dreistelligen Kassenkreditbeträgen zu tun, wo heute schon fast „landunter“ ist, wo wir nicht mehr darüber nachdenken können, ob freiwillige Leistungen gestrichen werden, sondern dort gibt es längst keine freiwilligen Leistungen mehr.

Ich glaube, mit einer soliden Haushaltspolitik werden wir es gemeinsam schaffen, auch in Zukunft dazu beizutragen, dass wir so lange wie möglich frei von Kassenkrediten bleiben. Die begonnenen Großprojekte sind in Emden durchfinanziert und werden planmäßig abgewickelt. Kaum eine andere Stadt in Niedersachsen hat solche Projekte zur Zeit. Wir werden sie als Sozialdemokraten weiter positiv unterstützen und wir stärken damit sowohl die Wirtschaft auf Dauer wie auch den Arbeitsmarkt nicht nur aktuell, sondern auch in der Zukunft. Wir unterstützen den Verwaltungsentwurf auch besonders in folgenden Punkten:

Dass wir daran festhalten, bei den freiwilligen Leistungen dieser Stadt, die im Budget enthalten sind, keine Streichungen vorzunehmen. Gerade die freiwilligen Leistungen sind es, die ganz wesentlich zum besonderen Charakter unserer Stadt beitragen und ebenso glaube ich, ist es ein sehr gutes Signal, dass wir bei den Steuern und Gebühren keine Erhöhung vornehmen müssen.

Sehr positiv bewerten wir, dass die Auszubildenden und Anwärter der Stadt auch weiterhin hier in Emden nicht nach bestandener Abschlussprüfung in die Arbeitslosigkeit oder der Sozialhilfe entlassen werden, wie es neuerdings leider bei einigen Bereichen im Landesdienst passiert. Ebenso wie wir es nach wie vor für sehr gut halten, dass die Stadt Emden – aber auch ihre Töchter – die Ausbildungsplätze für junge Menschen in unserer Stadt zur Verfügung stellt. Und wir sind schon auf einem guten Weg und wir unterstützen das sehr, dass wir an der kommunalen Frauenbeauftragten als fester Institution hier in unserer Stadt festhalten. Dennoch gibt es natürlich in diesem Haushalt große Risiken, die wir heute noch gar nicht in aller Bedeutung abschätzen können:

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

- die Umsetzung von Hartz IV (unzufriedenes Ergebnis)
- Die Auswirkungen der gescheiterten Gemeindefinanzreform
- die Auswirkungen der Steuerreform (Die Einnahmeverluste sind noch nicht kalkulierbar.)
- die Auswirkungen der Landespolitik

Ich denke, am Beispiel der Streichung der Lehrmittelfreiheit, die ersatzlos gestrichen worden ist und dadurch wieder Kosten im Sozialetat der Stadt erzeugt, sehen wir sehr genau, wie es auch in kleineren Summen ganz schnell dazu kommen kann, dass eigentlich Aufgaben, die anderswo zu leisten sind, auf die Kommunen übertragen werden, ohne dass das Konnexitätsprinzip, was in Sonntagsreden immer aufrecht erhalten wird, tatsächlich Umsetzung findet.

- die Schulpolitik

Es gibt kaum eine Kommune und auch Emden nicht, welche ohne bauliche Maßnahmen auskommt, die Schulstrukturreform umzusetzen. Genau genommen sind das unmittelbare Folgen des Nds. Schulgesetzes. Auch hier müsste die Konnexität greifen und wir haben das im Schulausschuss mehrfach debattiert. Auch dort ist das Land in diesem Fall in der Verantwortung.

- die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

In Emden ist u. E. der Entwurf eine gute Vorlage, dem wir natürlich zustimmen und wo wir schon die Kontinuität der vergangenen Jahre, eine Kontinuität verantwortlicher Politik sehen. Im einzelnen möchte ich aber dann noch einzelne Punkte ansprechen, weil es dort teilweise ja auch um Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf ging. Wobei ich auch dort sagen muss, dass wir uns letzten Endes ja mit den Fraktionen gemeinsam verständigt haben. Die notwendigen Investitionen im Bereich der Schule werden von uns Sozialdemokraten natürlich unterstützt. Im einzelnen sehen wir dort die Bedarfe beim JAG. Hier sind erste Schritte in diesem Haushalt jetzt umgesetzt und ein klarer Auftrag an die Verwaltung gegeben worden. Wir wollen - wenn es geht - im Jahre 2005 mit dem Bau beginnen, auch um dem Preis einer erhöhten Nettoneuverschuldung. Für die Zukunft sehen wir aber darüber hinaus – nicht nur beim JAG - erhebliche Bedarfe, z. B. bei der BBS II, wie auch dann, wenn es um den notwendigen Ausbau des Ganztagsangebotes in Emden geht. Ich erwarte allerdings, dass die Landesregierung die Bundesmittel, die zur Verfügung gestellt werden, auch tatsächlich abrufen. Andere Bundesländer machen das. Niedersachsen ruft nur einen Bruchteil der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel ab – zum Schaden der Kommunen, zum Schaden auch der in Emden angemeldeten Ganztagsprojekte. Wir sind mit vielen in den Verhandlungen erzielten Ergebnissen zufrieden:

Mobilier Bunker Geibelstraße

Hier ist ein solider Kompromiss gefunden worden, mit dem der Stadtteil Barenburg sehr gut leben kann. Ich bin froh, dass sich das Projekt „Soziale Stadt“ weiterentwickelt, wobei wir alle wissen, dass wir das Problem der späteren Nutzung - insbesondere des Personals - noch lange nicht endgültig gelöst haben. Ich denke mir, das wird uns in diesem Jahr noch sehr beschäftigen. Aber ich hoffe auch dort auf die Bereitwilligkeit aller, an einer tragfähigen Lösung mit zu arbeiten.

Feuerwehrhaus Larrelt

Damit wird das Feuerwehrprogramm mehr oder weniger abgeschlossen. Lange war es fällig. Ich bin froh, dass es uns gemeinsam gelingt, dies jetzt auf den Weg zu bringen.

Sport

Ganz wichtig ist natürlich, dass es uns insbesondere im Sport wiederum gelungen ist, gemeinsam mit allen Fraktionen und dem Stadtsportbund eine vernünftige Lösung zu finden, mit der am Schluss alle sehr gut leben können. Ich glaube, der Sport ist in Emden ein ganz wesentlicher Faktor und wir tun gut daran, so lange wir es können, ihn auch in der Weise zu fördern, dass die Menschen, dieser Stadt merken:

Emden ist und bleibt eine sportfreudige und –freundliche Stadt.

Wir unterstützen als Sozialdemokraten natürlich auch weiterhin die ehrenamtliche Arbeit in unserer Stadt. Deutlich wird das z. B. an den Projekten Museumslogger, Emdener Mühlenverein, Bauverein Neue Kirche, die Aufarbeitung der Situation der Zwangs- und Fremdarbeiter in Emden. Ich denke mir, neben dem Bunkermuseum und der Aufarbeitung der Judensituation in Emden ist das die notwendige Ergänzung, unsere eigene Geschichte hier auch für die Zukunft, für die Nachwelt aufzuarbeiten.

Wichtig war uns auch nach Gesprächen mit dem dortigen Bürgerverein, dass es uns gelungen ist, über die Finanzierung der Sieltore hinaus die Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um die 1200-Jahr-Feier in Petkum in diesem Jahr vernünftig zu begehen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Angelegenheit, die letzten Endes dann auch im Konsens gelaufen ist. Hierfür bedanke ich mich bei Herrn Richard Woldmer, der immer wieder den Kontakt aufrecht erhalten hat.

Die Weiterführung des Radwegeprogramms ist uns genauso wichtig wie viele andere Dinge. Aber auf einen Schwerpunkt will ich noch zu sprechen kommen, und zwar ist es der Schwerpunkt, für den die SPD seit Jahren versucht, ihre Position deutlich zu machen: nämlich die Kinder-, Jugend- und Ausbildung. Ich glaube, es ist ein gutes Signal an die Emdener Jugendlichen und Kinder, dass wir gemeinsam die Projektentwicklung zur Bekämpfung der Kinderarmut anschieben, wie auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den politischen Entscheidungsprozessen. Hier ist es eine ganz wichtige Aufgabe, der wir uns gemeinsam anzunehmen haben. Der zusätzliche Betrag, z. B. bei der Anschaffung von Kinder- und Jugendbüchern - im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung einvernehmlich so beschlossen - ist da dann nur die notwendige Abrundung des Ganzen und insoweit nur konsequent.

Eindeutig ist auch unsere Position – und da könnte es im Laufe des Jahres noch Streit geben - für die Bereitstellung von Mitteln zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Höhe von 90.000,- € Es war eine intensive Diskussion, auch mit verschiedenen anderen Fraktionen. Wir werden die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt in Emden bei uns sehr genau im Auge behalten und natürlich auch im Hinblick auf die Umsetzung bzw. auf die Gesetzgebung auf Bundesebene sehr genau beobachten, was sich dort tut. Und sie können sicher sein, dass wir als Sozialdemokratinnen und -demokraten dieses Thema noch vor dem Sommer erneut auf den Focus nehmen. Es ist zu wichtig! Wir müssen den Kindern, den jungen Menschen, die die Schule verlassen, hier Chancen geben. Und wenn wir dort mit Mitteln helfen können, dann sollten wir das auch tun. Ich glaube, für die Emdener Jugendlichen und Kinder, ist dies angesichts der knappen Spielräume ein guter Haushalt geworden. Es war schon im Verwaltungsentwurf in Ansätzen deutlich, aber ich glaube, in den Beratungen haben die Fraktionen hier noch ein deutlicheres Signal gesetzt. Es bleiben natürlich Wünsche:

Die Ansätze für Reparaturen, Sanierungen von Straßen, Spielplätzen und öffentlichen Gebäuden sind natürlich nach wie vor zu niedrig, aber wir müssen auch das Kreuz haben, den Menschen unserer Stadt zu sagen: mehr geht zur Zeit nicht.

Wer den Menschen etwas anderes sagt, auch in Sachen kleinerer Reparaturen, kleinerer Sanierungen, ständig hier und da Versprechungen macht, der muss sich darüber klar sein,

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

dass er den Menschen etwas vormacht oder dies um den Preis macht, dass andere Dinge dadurch wieder zurückgesetzt werden. Wir müssen uns nach wie vor „nach der Decke strecken“. Das wollen wir auch, zumal die Risiken – wie beschrieben – auf der Hand liegen.

Alles in allem:

Die SPD findet sich mit vielen Vorschlägen und Anregungen in diesem Haushalt wieder. Wir werden ihm zustimmen. Und ich möchte mich nochmals abschließend bei allen anderen Fraktionen für das gute Miteinander auf der Ebene der Fraktionsvorsitzenden genauso wie auf der Ebene in den Ausschüssen und bei der Verwaltung für die Begleitung dieses für uns alle sicherlich nicht einfachen Prozesses bedanken. Ich denke mir, dieses Budgetbuch hat qualitativ schon mittlerweile ein anderes Niveau als im letzten Jahr. Wenn es noch besser wird, ist es kaum noch auszuhalten! Danke für ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn Haase für die Ausführungen und erteilt **Herrn H. W. Janßen** das Wort:

Zitat:

„Nach den einleitenden Worten des Oberbürgermeisters bzw. von Herrn Lutz hätte man ja fast zu der Situation kommen können, das Ganze heute zu vergessen, weil man einfach von dieser Meldung geschockt ist. Das hilft aber nichts.

Ich schließe mich dem Dank der Verwaltung für die Erstellung des Budgetbuches an. Dieses erlaubt es dem Rat, sich umfassend über die Zahlen des Haushaltes zu informieren. Meine Fraktion hat dieses getan. In vielen Sitzungen und einer Klausurtagung haben wir unsere Forderungen beraten und zu Papier gebracht. Diese wurden dann mit den anderen Fraktionen abgestimmt und soweit wie möglich beschlossen. Wohl selten zuvor sind die Haushaltsberatungen in einem so einvernehmlichen und guten Klima verlaufen wie dieses Mal.

Die gute Botschaft ist:

Der Haushalt der Stadt Emden ist abermals ausgeglichen.

Das dieses so ist, wird der guten Arbeit von Rat und Verwaltung zu verdanken sein. Emden gehört damit zu den wenigen Städten, die einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können. Allerdings zeigen sich dunkle Wolken am Horizont. Für die nächsten Jahre gilt es deshalb, eiserne Disziplin zu wahren. Durch die Politik zu Lasten der Gemeinden und Städte wird diese Arbeit aber praktisch unmöglich gemacht. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur ein Beispiel:

Haushalt des Hans-Susemihl-Krankenhauses

Das Budget wird um 0,02 % erhöht. Die Lohn- und Gehaltskosten steigen aber um ca. 2,2 %. Ein Minus von 2 Mio. € ist damit vorprogrammiert. Und die Stadt Emden als Mutter muss einen Verlustausgleich vornehmen.

Vor diesem Hintergrund fanden die Fraktionsentscheidungen statt. Die großen Änderungen im Haushalt 2004 sind einstimmig beschlossen oder in Angriff genommen worden. Für die vertrauensvolle Arbeit über die Parteigrenzen hinweg mein Dank an die Sprecher der Fraktionen.

Verdammt viele und große Räder dreht die Stadt Emden in fast allen Bereichen. Es ist zu hoffen, dass diese Räder dauerhaft in Bewegung gehalten werden können und unsere Entscheidungen auch in der Zukunft positiv zu Buche schlagen werden.

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Hier ist an herausragender Stelle sicherlich die Restrukturierung des Frisia-Geländes und die anschließende Planung für den Industriepark zu nennen. Es zeigt sich wieder einmal, dass durch die Bündelung und Fixierung auf einen Punkt erhebliche Potentiale eröffnet werden können. Die Verwaltung und die Politik haben bewiesen, dass schnell gehandelt werden kann und muss, wenn man etwas erreichen will. Die Entscheidung für den Industriepark Frisia ist auch für den VW-Konzern eine hervorragende Möglichkeit, Zulieferfirmen in unmittelbarer Nähe des Werkgeländes ansiedeln zu können. Wer die Baumaßnahmen beobachtet, ist erstaunt, welche Fortschritte dieses Projekt bislang vorzuweisen hat. Es ist zu hoffen, dass die angekündigte Erhöhung der Mitarbeiterzahlen durch den Industriepark wahr wird und wir netto mit mehr Arbeitskräften rechnen können als bislang.

Allianz der Vernunft

Unter dieser Überschrift wurden vom Oberbürgermeister drei Ziele dem Rat vorgestellt.

- Zukunftsinvestitionen
- Sanierung von Schulen
- Sanierung von Straßen

Topziel der Allianz der Vernunft ist die Stärkung der Wirtschaft, Reduzierung der Arbeitslosigkeit bis 2006 auf 6 %. Dieses Ziel ist bislang nicht in Sicht. Aktuell 13,9 % sind es heute.

Die von der Bundesregierung vorgesehene Ausbildungsabgabe ist mit Sicherheit der falsche Weg. Die bewährte duale Ausbildung ist nach meiner festen Überzeugung damit in Gefahr. Die von der FDP und der SPD eingebrachte Änderung zum Haushalt 2004 „50x150“ findet nicht unsere Zustimmung. Es kann nicht angehen, dass Kommunalhaushalte die Aufgaben von Industrie, Handel und Gewerbe übernehmen.

Das Projekt „Alter Binnenhafen“ macht gute Fortschritte. Nach Fertigstellung dieser Maßnahme wird die Innenstadt von Emden um einiges attraktiver werden. Auch hier zeigt es sich, dass durch konzentrierte Arbeit aller Beteiligten gute Lösungsmöglichkeiten gefunden werden können.

Der Tourismus hat für Emden zunehmende Bedeutung. Für die Sommersaison sollte aber unbedingt eine Parkplatzlösung für die Reisebusse gefunden werden. Der jetzige Zustand ist nicht zu akzeptieren.

Wer die Stadt Emden mit offenen Augen betrachtet, wird feststellen, dass viel geschaffen wurde. Im Hoch- und Tiefbau wurden erhebliche Mittel investiert und damit Arbeitsplätze gesichert, die fertiggestellten Straßen unterstreichen den positiven Eindruck unserer Stadt.

Ganz bewusst hat sich die Politik einer Prioritätenliste der Verwaltung untergeordnet. Es ist sinnvoll, diese Maßnahmen nicht durch die politische Brille betrachtet durchzuführen. Auch hier sind wir auf einem guten Wege, dürfen jedoch in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

In den vergangenen Wochen überlagerte die Diskussion über die Schulstrukturreform alle anderen Themen. Und die Entscheidung über die verschiedenen Vorschläge wurde denkbar knapp getroffen. Die Notwendigkeit über eine Änderung der Schulstruktur in Emden wurde uns durch die Gesetzgebung vorgegeben. Die Kommune musste handeln und hat dieses auch getan. Die Art und Weise, wie jedoch teilweise argumentiert wurde, ist aus meiner Sicht nicht in Ordnung. Einzelne Entscheidungsträger zu verunglimpfen, ist nicht der Stil, der in der Kommunalpolitik zu Hause sein sollte. Alle Ratsmitglieder sollten sich bei ihren Entscheidungen auf ihr eigenes Gewissen stützen können und nicht durch Fraktionszwang daran gehindert werden. Die getroffene Entscheidung, die demokratisch gefällt wurde, sollte von allen

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

akzeptiert werden. Ankündigungen von Vereinsausschlüssen von Mitgliedern des Rates sind nicht akzeptabel.

Durch den Beschluss des Rates zur Schulstrukturreform ist es notwendig geworden, in den Haushalt 2004 eine Summe von 50.000 € für die Planung eines Anbaus des JAG einzubringen und nach Möglichkeit diesen Anbau im Jahr 2005 zu vollenden. Dass dieser Antrag bei den Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen Zustimmung findet, ist besonders hervorzuheben.

Sehr verwundert war die CDU-Fraktion darüber, dass verschiedene Haushaltsstellen nicht mit den nötigen Mitteln versehen wurden. Bereits in den Haushaltsberatungen 2003 hatten sich die Fraktionen einvernehmlich auf die Fortschreibung des im Jahr 2002 beschlossenen Radwegeprogramms geeinigt. Im Haushaltsentwurf war hiervon nichts zu sehen. Einvernehmlich wurde in den interfraktionellen Gesprächen dieser Fehler behoben und die entsprechenden Mittel eingesetzt.

Auch das Projekt Soziale Stadt Barenburg machte es notwendig, den Entwurf der Verwaltung zu korrigieren und eine Verpflichtungsermächtigung für weitere 80.000 € zu beschließen. Auch dieses wurde von allen vier Fraktionen mitgetragen.

Dieses gilt auch für den Sport. Hier ist wieder einmal auf unerklärliche Weise von der Verwaltung gekürzt worden. Wiederum musste die Politik die Weichen anders stellen, um den Zuschuss für die Sportvereine auf den Stand von 2002/2003 zu bringen.

Erfreulich und längst überfällig ist der Bau eines Mehrzweckraumes des Turnerbundes Twixlum. In Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund wurden die finanziellen Voraussetzungen geschaffen.

Für uns als CDU-Fraktion war aber klar, dass den Anträgen

- des Mühlenvereins,
- der Neuen Kirche und
- des Museumsloggers

wenn auch reduziert, Rechnung getragen wird. Durch diese Bezuschussung sind diese Vereine in der Lage, ihre ehrenamtliche Tätigkeit weiterzuführen. Hierfür meinen allerherzlichsten Dank.

Dieser Dank gilt allen, die ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und Institutionen tätig sind. Es ist zu hoffen, dass sich immer genügend Ehrenamtliche zur Verfügung stellen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist die Neuordnung des Versicherungsschutzes für die bei der Ausübung des Ehrenamtes Geschädigten. Wie in der eigenen Fraktion erlebt, kann es nicht angehen, dass bei einem Unfall im ehrenamtlichen Einsatz der Geschädigte selbst für die finanziellen Folgen aufkommen muss.

Durch den unermüdlichen Einsatz der Feuerwehr Widdelswehr/Petkum ist es gelungen, das neue Gebäude günstiger als geplant zu errichten. Die durch die hohe Zahl von geleisteten Arbeitsstunden frei gewordenen Haushaltsmittel bieten die willkommene Möglichkeit, bereits im Jahr 2004 mit dem Feuerwehrgebäude in Larrelt zu beginnen und die Fertigstellung durch eine Verpflichtungsermächtigung in 2005 zu sichern. Auch dieses ist ein Zeichen für eine funktionierende Beziehung Bürger/Verwaltung/Politik.

Selbstverständlich war es für die CDU-Fraktion, dass aus Anlass der 1200-Jahr-Feier in Petkum das restaurierte Siel auch Sieltore erhält. 100.000 € wurden in den Haushalt eingesetzt. Dieses sichert die Teilfinanzierung des Projektes.

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Für die CDU-Fraktion ist es vollkommen unmöglich und nicht nachvollziehbar, dass ein zukunftsweisendes Programm vor dem Verwaltungsvorstand keine Gnade fand. Herr De La Lanne überbrachte am 27. Mai 2002 dem zuständigen Fachausschuss die freudige Botschaft, endlich ein Programm mit Hilfe der EU vereinbart zu haben, welches die Förderung des Mittelstandes zum Ziele hat. Ich zitiere aus dem Protokoll des entsprechenden Fachausschusses:

„Die Fraktionen begrüßen diese Förderungsmaßnahme und hoffen, dass den Firmen, die bisher keine Möglichkeit hatten, an Fördermittel heranzukommen, dadurch ein wenig geholfen werde.“

Das Programm war mit 200.000 € (100.000 € Stadt Emden und 100.000 € EU) dotiert. Durch die nicht erfolgte Co-Finanzierung gehen dringend benötigte Mittel verloren.

Zur Erinnerung:

In Klein- und Mittelbetrieben wird mit Abstand die meiste Ausbildung durchgeführt. Die CDU-Fraktion wird, wenn nötig, einen Antrag auf Finanzierung dieses Programms stellen.

Obwohl noch nicht konkret über einzelne, gezielte Projekte gesprochen werden konnte, ist sich die CDU-Fraktion einig, dass das Thema Kinderarmut und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit einer Haushaltsstelle versehen werden sollte. Eine Summe von jeweils 5.000 € ist im Haushalt veranschlagt. Die CDU-Fraktion hält es für absolut notwendig, auch das Programm „Schule 2000“ zu fördern. Ein Zuschuss an die Volkshochschule zur Anschaffung von Kinder- und Jugendbüchern ist ebenso Bestandteil unsere Forderungen.

Haben wir aus der Geschichte gelernt?

Wenn ja, so ist es zwingend erforderlich, dass wir zu einer Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeiter in Emden kommen. Es wird interessant sein, diese Maßnahme zu begleiten und das Ergebnis in einiger Zeit vorzustellen. Hier sollten Zwischenberichte getätigt werden.

Das in dieser schweren Zeit für die Neugestaltung des Rathauses Geld in einem hohen Maße zur Verfügung steht, grenzt schon fast an ein Wunder. Die CDU-Fraktion trägt diese Entscheidung selbstverständlich mit und ist davon überzeugt, dass nach der Fertigstellung die Stadt Emden um ein vielfaches reicher an Kultur geworden ist.

Wieder einmal ist ein Jahr vorbei und bei verschiedenen Projekten sind wir offensichtlich noch nicht weiter gekommen. Dieses gilt für die angestrebte Neugestaltung des Emder Hallenbades, des Bahnhofsvorplatzes, der Kreuzung Petkumer Straße/Zum Nordkai usw.

Es bleibt zu hoffen, dass zumindest in diesem Jahr eine endgültige Entscheidung über die einzelnen Maßnahmen fällt. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Entscheidung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stadt Emden hat alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gestellt. Wir werden in diesem Jahr für jede einzelne Maßnahme entscheiden müssen, wie es weiter geht. Dieses wird für die Kommunalpolitik eine schwere Arbeit werden, sie ist aber im Interesse der Sache zwingend notwendig.

Wollen wir die Aufgaben der Zukunft lösen, müssen jetzt die Entscheidungen gefällt werden, um unseren Kindern und Enkelkindern eine möglichst geringe Schuldenlast zu hinterlassen. Ich bin der festen Überzeugung, dass uns dieses gelingen wird, allerdings macht mir die Politik zu Lasten der Städte und Gemeinden erhebliche Sorgen.

Im Niedersächsischen Landtag hängt eine Schuldenuhr. In der Zeit, in der ich geredet habe, sind die Schulden des Landes Niedersachsen um 74.880 € gestiegen. Ende des letzten Jah-

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

res betrug der Schuldenstand ca. 45 Milliarden €, welcher durch die vorherige SPD-Landesregierung im großen Maße verursacht wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesen Zahlen habe ich Angst! Die CDU-Fraktion wird diesem Haushalt zustimmen.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn H. W. Janßen. Anschließend fährt **Herr E. Bolinius** fort:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich in Namen meiner Fraktion bei den Emdener Bürgerinnen und Bürgern sowie bei den Firmen, Behörden, Verwaltungen und Institutionen in der Stadt Emden bedanken, die durch ihren Fleiß und mit ihrer Einsatzbereitschaft dafür gesorgt haben, dass die nicht unbeträchtlichen Gelder in diesem Haushalt bereitgestellt werden konnten. In meiner Rede zum letzten Haushalt habe ich zu Beginn gesagt:

„Wo immer heute über die Situation unseres Landes und vor allem der Kommunen nachgedacht und diskutiert wird, schwingt beim Blick in die Zukunft Besorgnis mit. Das Geschäftsklima in der deutschen Wirtschaft hat sich zusehends verdüstert und die Konjunktur einbrechen lassen.“

Diese Besorgnis ist geblieben. Sah das angesehene Ifo-Institut für Januar 2004 ein Anspringen der Konjunktur, so ist im Februar 2004 schon wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Ohne eine wieder anspringende Wirtschaft wird es aber bei den Kommunalfinanzen keine Kehrtwenden geben. Und solange die Regierung in Berlin der Überzeugung ist, dass es wichtiger ist, dass der Staat das Geld bekommt, als es dem Bürger zur Verfügung zu stellen, und solange man in Berlin konzeptlos arbeitet, wo der eine heute dies sagt und der andere das und beide am nächsten Tag dementieren oder korrigieren, wird sich das Klima nicht bessern.

Mit dem Regierungswechsel in Hannover und nach einem Jahr Regierungszeit ist nach Auffassung meiner Fraktion für Niedersachsen ein positives Zeichen gesetzt worden. Eine vernünftige Haushaltspolitik kann nicht aus dem Stand heraus konzipiert werden. Haushaltsstrukturen wachsen und lassen sich nicht beliebig an tagespolitische Situationen anpassen. Sie müssen eine langfristige Konzeption haben. An der prekären Finanzsituation der Städte trägt die Bundesregierung, wie ich schon erwähnte, eine hohe Mitschuld. Die dringend erforderliche große Gemeindefinanzreform ist immer noch nicht auf den Weg gebracht worden. Und in Berlin sollte man wissen:

Eine Reform darf nicht gegen die Städte und Gemeinden beschlossen werden.

Selbst die aktuellen Beschlüsse des Bundestages werden von den Kommunen als „absolut unakzeptabel“ bezeichnet. So ist der Gesetzentwurf zur Gewerbesteuer unbrauchbar und keine geeignete Grundlage für eine Verbesserung der Finanzsituation in den Städten und Gemeinden. Ich gehe darauf besonders ein, weil Herr Lutz bei der Einbringung des Haushaltes sehr detailliert auf die Gewerbesteuer eingegangen ist und dieses auch schriftlich dargestellt hat.

Die FDP hat als einzige Partei in Berlin ein schlüssiges Konzept zur Gemeindefinanzierung – das sogenannte 2-Säulen-Modell – vorgelegt. Wir sind überzeugt, dass eine langfristige

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Stabilisierung der Gemeindefinanzen nur durch den Ersatz der konjunkturanfälligen Gewerbesteuer zu erreichen ist. Die FDP will dafür den Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer deutlich erhöhen und den Städten und Gemeinden ein Zuschlagsrecht auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer einräumen. Ich weiß, dass dies von der Verwaltung hier in Emden, weil wir noch von einem großen Arbeitgeber profitieren, nicht so gesehen wird. Der Kämmerer schreibt in der Haushaltssatzung auf Seite 11 wörtlich. „Wenn bei Städten und Gemeinden kein Anreiz mehr besteht, Gewerbe anzusiedeln und dafür Flächen vorzuhalten, werden bald keine Gewerbeflächen in Deutschland mehr bestehen.“ Diese Meinung wird von uns nicht geteilt.

Aber auch in den anderen Bereichen sieht es nicht besser aus. Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Beispiel kann es nicht sein, dass der Bund im Vergleich mit den Ländern und Kommunen der alleinige finanzielle Gewinner ist. Die genauen Auswirkungen für unsere Stadt, insbesondere auch die Zahlung des Wohngeldes, sind immer noch nicht bekannt. Im Jahr 2005 werden uns nach Darstellung von Herrn Lutz 10 Mio. € fehlen. Ich kann nur hoffen, dass noch eine Korrektur vorgenommen wird. Hier sind auch die Länder gefordert!

Die FDP wird, genauso wie unser Kämmerer Martin Lutz das seit langem fordert und auch beim Einbringen des Haushaltes schriftlich dargestellt hat, die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz auf die Tagesordnung im Deutschen Bundestag setzen. Denn wer bestellt, der soll auch bezahlen. Das gilt selbstverständlich auch für die Niedersächsische Landesregierung.

Meine Damen und Herren, eine Kommunalpolitik, die über steigende Einnahmen verfügt, ist leicht zu verkaufen. In Perioden mit hohen Einnahmen verfällt man aber auch leicht darin, Bedürfnissen der Bürgerschaft Rechnung zu tragen, die man später nicht mehr zurückschrauben kann. Eine Politik, die fordert, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss, verlangt sehr viel mehr Courage. Das musste schon Ludwig Ehrhard erfahren. Eine Politik des Füllhorns lässt sich dagegen wesentlich leichter verkaufen, braucht aber dringend ein höheres Wirtschaftswachstum.

Meine Fraktion hat sich in mehreren Sitzungen und einer Klausurtagung mit dem Haushalt beschäftigt. Dabei spielte die Verminderung der Nettoneuverschuldung eine sehr große Rolle. Wir haben bereits im letzten Jahr eine Einsparung von 1,5 Mio. € vorgeschlagen, wofür wir im Rat jedoch keine Mehrheit fanden. Leider konnten und können wir die Nettoneuverschuldung nicht verhindern. Für die Jahre bis 2006 ist in Emden weiterhin mit einer Nettoneuverschuldung zu rechnen. Diese sinkt aber aufgrund des Abarbeitens der bereits vor einiger Zeit beschlossenen Investitionen deutlich ab. Damit wird, und da stimmen wir mit dem Kämmerer überein, die Zukunftsfähigkeit der Stadt Emden gewahrt. Im Jahr 2007 weist die mittelfristige Planung eine Reduzierung der Verschuldung auf 0 € auf, wenn die Belastung mit 10 Mio. € aus der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nicht kommt, was wir ja alle hoffen. Dieses Ziel wollen wir in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen erreichen. Ab diesem Zeitpunkt muss eine Reduzierung der Verschuldung auf jeden Fall durchgeführt werden. Denn wir können nicht auf Kosten unserer Kinder leben.

Alle städtischen Aufgaben und auch die freiwilligen Leistungen müssen immer wieder auf den Prüfstand, und alle vergleichbaren städtischen Dienstleistungen sollten mit Angeboten privater Anbieter verglichen werden, das fordert meine Fraktion seit langer Zeit, teilweise ist dies auch schon geschehen. In den neunziger Jahren ist zumindest interfraktionell eine Einigung bei der Kürzung der freiwilligen Leistungen erreicht worden. Leider hat das in dieser Legislaturperiode noch nicht geklappt. Die Lage ist wohl noch nicht ernst genug. In unseren Fraktionsberatungen haben wir uns insbesondere mit den freiwilligen Leistungen beschäftigt.

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Immerhin betragen die freiwilligen Zuschüsse rund 1,4 Mio. €, die vertraglich vereinbarten Zuschüsse rd. 1,5 Mio. €, die Zuschüsse mit Verpflichtung rund 4,9 Mio. € (insgesamt eine Summe von rd. 7,8 Mio. €). Bei Kürzungen müssen wir selbstverständlich aufpassen, dass wir nicht Strukturen zerstören, die über Jahrzehnte mühsam aufgebaut worden sind. Es wird aber zukünftig unumgänglich sein, wenn sich die Finanzlage der Stadt nicht verbessert, dass die Bürgerinnen und Bürger an der hohen Lebensqualität in Emden künftig manchen Abstrich in Kauf nehmen müssen. Die Begründungen dafür sollten allerdings für jedermann nachvollziehbar sein. Die Bürgerinnen und Bürger müssen jeweils verstehen können, warum und mit welchem Ziel es solche Einschränkungen geben muss. Wir freuen uns, dass die Steuersätze für die Realsteuern auch in diesem Jahr stabil bleiben.

Mehr als erfreulich ist, dass der Verwaltungshaushalt mit 114.736.000 € in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen abschließt. Das ist in der heutigen Zeit nur noch in wenigen Städten der Fall, auch wenn die Gewerbesteuern in diesem Jahr nur noch mit rd. 20 Mio. € angesetzt wurden, das sind über 5 Mio. € weniger als im Vorjahr und 17 Mio. € weniger als im Jahr 2000. Daran kann man den dramatischen Einbruch ersehen. Wir wissen alle, woran das liegt. Hoffen wir, dass es unserem größten Arbeitgeber bald wieder wirtschaftlich besser geht.

Die Personalkosten belaufen sich insgesamt auf rund 33,5 Mio., das sind über ¼ der Kosten des Gesamthaushaltes. Meine Fraktion hält weiterhin daran fest, dass die Fachbereichsebene wieder peu à peu verschwindet, das heißt, dass bei Ausscheiden der Amtsinhaber keine Wiedereinstellung vorgenommen wird. Es sollte der Verwaltung zu denken geben, dass beispielsweise die Stadt Ludwigshafen die Ebene „Fachbereichsleiter“ inzwischen vollständig gestrichen hat.

Der Fachbereichsleiter „Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderer“ sollte, wie ursprünglich geplant, nicht für viele hoheitlichen Aufgaben zuständig sein, sondern sollte sich nur noch auf die eigentliche Kernaufgabe „Wirtschaftsförderung“ konzentrieren. Dafür haben wir vor 5 Jahren den Wirtschaftsförderer auch eingestellt. Wenn wir einer Weiterbeschäftigung für einen Zeitraum von 5 Jahren zustimmen, dann nur unter der Bedingung, dass wir in absehbarer Zeit eine eigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft gründen oder in eine bestehende städtische Gesellschaft eingliedern. Warum das erst in 3 bis 5 Jahren geschehen kann oder soll, wie der Oberbürgermeister meint, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Durch die gute wirtschaftliche Entwicklung in Emden sowie die Bemühungen im Rahmen der Hilfe zur Arbeit sinken die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt. Allerdings steigen jedoch die Ausgaben für die besondere Sozialhilfe. Die Fraktionen waren sich bei der interfraktionellen Abschlussbesprechung einig, dass eine noch bessere Kontrolle durch Umschichtung des Personals sinnvoll ist. Eine derartige Kontrolle in den Städten und Gemeinden hat auch der Bundeskanzler in seiner Rede gestern am Aschermittwoch in Düsseldorf ausdrücklich gefordert.

Die Ansätze im Haushalt entsprechen weitgehend den Vorgaben der Verwaltung. So haben die Beratungen im Finanzausschuss nur bei wenigen Positionen Änderungen oder Ergänzungen ergeben. Die Punkte, die meine Fraktion zur Aufnahme oder Änderung vorgeschlagen hat, sind alle berücksichtigt worden. Hierzu zählt unter anderem der Zuschuss zum Projekt „Zwangsarbeiter in Emden“ in Höhe von 20.000 €. Dieser Betrag kann durch öffentliche Zuschüsse erhöht werden, wenn ein Verein, zum Beispiel das Bunkermuseum, wie von uns vorgeschlagen, die Federführung übernimmt. In Oldenburg, wo wir mehrere Gespräche mit den dortigen Projektbeauftragten und der Kulturamtsleiterin geführt haben, ist dies vor kurzem in Zusammenarbeit mit der Stadt Groningen hervorragend gelungen. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung ist u. E. notwendig. Auf die Arbeit von Günter Heuzeroth, der in einem Buch bereits in den Neunzigerjahren über die Zwangsarbeit in Emden und Ostfriesland berichtet hat, sollte dabei zurückgegriffen werden.

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Die Zuschüsse für ein Jugendforum und für Projekte zur Bekämpfung der Kinderarmut in Emden mit jeweils 5.000 € sehen wir nur als Anschubfinanzierung. Es soll damit aber auch ein Zeichen gesetzt werden, dass uns diese Angelegenheit sehr am Herzen liegt. Die Rücknahme der Kürzung der Zuschüsse für Übungsleiter im Sportbereich und die Anpassung auf das Niveau von 2002 ist gelungen. Es sollte immer bedacht werden, dass die Sportvereine Sozialpolitik betreiben, die nicht zu unterschätzen ist. Hier zu sparen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen wurde, wäre sicherlich mehr als falsch gewesen. Zusammen mit der SPD-Fraktion haben wir für die Bereitstellung von zusätzlichen Lehrstellen 90.000 € bereitgestellt. Ausgenommen hiervon bleiben natürlich die großen Firmen, das Programm ist für kleine Handwerks- oder Dienstleistungsbetriebe gedacht. Das Modell „50 x 150“, das sind 50 Lehrstellen, die monatlich mit 150 € gefördert werden sollen, ist im Kreis Leer im vergangenen Jahr ganz hervorragend angenommen worden. Sogar von der Bundesregierung kam ein Lob. Ich bitte, im Interesse der jugendlichen Lehrstellensucher, sowohl die CDU-Fraktion als auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Verwaltung, diese Initiative nicht kaputt zu reden. Eine Ausbildungsplatzabgabe, wie von Teilen der Regierung gefordert, halten wir nicht für richtig. Allerdings ist es unsere aller Aufgabe, unseren Jugendlichen eine Zukunftsperspektive durch betriebliche Ausbildungsplätze zu geben, denn wir steuern in Deutschland auf einen Facharbeitermangel zu.

Für die bauliche Unterhaltung der Straßen werden 3,3 Mio. €, wie in den Vorjahren, eingestellt. Dieser Ansatz ist leider unzureichend. Deshalb können auch nicht alle Wünsche aus der Bürgerschaft berücksichtigt werden. Mit der bisherigen Handhabung, dass die Verwaltung die Prioritäten der Instandsetzung festlegt, sind wir u. E. gut gefahren. Dabei sollten wir auch bleiben.

Der Ansatz für Bestattungen und Friedhöfe ist mit rund 750.000 € wie in den letzten Jahren angesetzt worden. Wir hoffen, dass die Diskussion um die Wiederöffnung der drei Friedhöfe, Neue Kirche, Große Kirche und Bolardusfriedhof, bald abgeschlossen sein wird. Am 8. März 2004 trifft sich der Arbeitskreis, der aus Mitgliedern der Verwaltung, der Fraktionen und der Bürgerschaft besteht, erneut, um hierüber zu beraten. Ich bin guten Mutes, dass es schon dann zu einer einvernehmlichen Lösung kommen wird (soweit die Anmerkungen zum Verwaltungshaushalt).

Der Vermögenshaushalt beläuft sich fast exakt auf 20 Mio. €. Ich will hier nicht detailliert auf alle Maßnahmen eingehen, jedoch gestatten Sie mir zur Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts, der Stadtentwicklung Emden, einige Sätze. Leider konnte seitens der Verwaltung keine Einigung mit einem Investor für das Frisiagelände erzielt werden. Da die Zeit drängte, hat sich der Rat notgedrungen entschlossen, diese Anstalt des öffentlichen Rechts für die Entwicklung des ehemaligen Frisiageländes zu gründen. Inzwischen wurde ein großer Teil der Infrastruktur geschaffen. Millionen EURO wurden bereits bereitgestellt und auch schon verbaut. Wir alle können nur hoffen, dass das VW-Werk langfristig gut beschäftigt bleibt und damit die Hallen langfristig vermietet werden können. Wenn nicht, sieht es nach 8 Jahren für die zukünftigen städtischen Finanzen düster aus. Ein Restrisiko wird also bleiben. Aber ohne Risiko auch keine Chance!

Es war folgerichtig, die Firma „Schlachthof Emden GmbH“ in „Zukunft Emden GmbH“ umzuwandeln. Der Geschäftsleitung ist für die bisher getätigten Abschlüsse der Hallenvermietung zu danken. Hoffentlich werden auch die prognostizierten Arbeitsplätze geschaffen. Wenn man täglich hört, dass Arbeitsplätze von Zulieferern von VW ins Ausland verlagert werden, darf man skeptisch sein. Im neusten Focus (9/2004) steht, dass beispielsweise die Firma Dräxlmaier in Siebenbürgen bereits 35 % der Kabelbäume für BMW baut, und die Arbeitnehmer dafür monatlich zwischen 100 und 120,- € Lohn erhalten. Ich mag mir gar nicht ausmalen, was da noch auf uns zukommen wird.

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Ob man die städtische Wirtschaftsförderung aus der Verwaltung ausgliedern und in die „Zukunft Emden GmbH“ eingliedern soll, sollte - wie ich bereits erwähnte - ernsthaft überlegt werden.

Erfreulich für die heimische Wirtschaft und für die Belebung des Hafens ist auch der Bau des Biomassekraftwerkes. An dem Kraftwerk hat sich unsere Tochter, die Stadtwerke Emden GmbH, beteiligt. Noch in diesem Jahr wird der Betrieb aufgenommen. Wir hoffen allerdings auf die gegebene Zusage, dass 60 % des Holzes per Schiff angeliefert wird. Aus Presseberichten mussten wir entnehmen, dass alles Holz, entgegen früheren Aussagen, dass man mit holländischen Firmen Abschlüsse getätigt habe, aus Ostfriesland kommen wird. Wenn alles per LKW angeliefert werden sollte, protestieren wir bereits jetzt energisch.

Die Pläne des Hallenbadneubaus werden konkreter und sollen in der allernächsten Zeit vorgestellt und erörtert werden. Nach wie vor sind wir skeptisch, ob sich das Konzept so verwirklichen lässt.

Aller Voraussicht nach wird das Hans-Susemihl-Krankenhaus mit einem Defizit von rund 2,5 Mio. € abschließen. Dafür ist im städtischen Haushalt keine Deckung vorhanden. Das Krankenhaus wird bekanntlich als Eigenbetrieb geführt. Mittelfristig sollte es nach unserer Auffassung als GmbH geführt werden. Die Gründe hierfür haben wir mehrfach dargestellt, deshalb will ich sie hier nicht noch einmal wiederholen.

Mehr als bedauerlich ist, was in der Innenstadt bezüglich der Geschäfte passiert oder besser gesagt, nicht passiert. Die Kaufhalle steht überwiegend noch leer und viele Geschäfte haben geschlossen. Verwaltung und Politik sind in den meisten Fällen die Hände gebunden. Die Rahmenbedingungen wird die Verwaltung und der Rat, soweit das möglich ist, schaffen. Aber die Kaufmannschaft ist auch hier selbst gefordert. Vorschläge, wie etwa ein neues Konzept für den Neuen Markt, sollten nicht sofort abgelehnt werden. Nach dem Motto „Weiter wie bisher“, darf u. E. nicht verfahren werden. Dann wird Emden als Einkaufsstadt noch weiter hinter Konkurrenzstädte wie Leer und Oldenburg zurückfallen.

Für das Parkhaus ist eine größere Werbung und ein noch besseres Leitsystem notwendig. Erste Ansätze einer Verbesserung sind bereits gemacht bzw. eingeleitet worden, das ist positiv zu bewerten. Der Verkehrsentwicklungsplan ist der Bürgerschaft vorgestellt worden und wird in Kürze in den städtischen Gremien beraten. Der Fahrradverkehr wird danach auch zukünftig einen hohen Stellenwert haben. Es ist für uns deshalb nicht nachvollziehbar, dass im Haushalt dafür seitens der Verwaltung keine Mittel eingestellt wurden. Die Fraktionen haben sich geeinigt, 100.000 € bereitzustellen. Das ist im Sinne der Verkehrsentwicklung nötig und richtig.

Auf dem Kasernengelände wird sich hoffentlich bald etwas tun. Es ist eine Schande, dass die Gebäude so vergammeln. Das ist pure Ostblockmentalität! Es wäre schön, wenn der BSV Kickers Emden dort ein neues Stadion bauen könnte. Aus heutiger Sicht kann der Verein allerdings hierfür nach unserer Auffassung städtisches Geld nicht erwarten.

Für die Soziale Stadt Barenburg wurden insgesamt bisher 10 Mio. € bewilligt. Die Stadt beteiligt sich daran mit 25 %. Das ist gut ausgegebenes Geld. Nach unserer Ansicht muss allerdings mehr Wert auf das Wort „sozial“ gelegt werden. Der Bunker an der Geibelstraße darf nicht nur ein „Kulturtempel“ werden, sondern muss für alle Bevölkerungsschichten, also auch für Jugendliche, die dort eine Heimstatt finden, geöffnet werden. Bei aller Euphorie dürfen wir nicht die Folgekosten vergessen, diese belaufen sich alleine für den Bunker auf jährlich 190.000 €

Wir freuen uns, dass es gemeinsam gelungen ist, sowohl Gelder für die Sieltore und für die Gestaltung des Umfeldes beim alten historischen Siel in Petkum als auch für die Sanierung

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

der Borssumer Schleuse bereitzustellen. Für den Tourismus werden sich diese Gelder positiv auswirken, da bin ich mir ganz sicher.

Der Umbau des Rathauses bzw. des Landesmuseums in Millionenhöhe ist ein Highlight im großen Investitionsprogramm der Stadt. In diesem Jahr stehen hierfür 2,8 Mio. €, wovon rd. 50 % als Zuschuss wieder eingestellt sind, zur Verfügung. Im Jahr 2005 werden noch einmal 500.000 € eingestellt. Wir hoffen sehr, dass die Finanzierung inzwischen vollständig gesichert ist.

Erfreulich ist auch die Zurverfügungstellung von Mitteln für die Sanierung bzw. den Ausbau der Nordseehalle und für das Projekt Watercity. Wir hoffen, dass unser Antrag, eine Verbindung vom Ems-Jade-Kanal bei der Uphuser Klappe über den Trecktief nach Marienwehr und dann zum Treckfahrtstief herzustellen, möglichst in den nächsten Jahren zusammen mit finanzieller Beteiligung aller Landkreise in Ostfriesland, umgesetzt wird. Wir müssen, wie es auch unsere holländischen Nachbarn es seit Jahren tun, verstärkt auf den Wassertourismus setzen, deshalb ist eine Vernetzung der Wasserstraßen anzustreben.

Die übrigen Fraktionen haben beschlossen, 50.000 € für Planungskosten für einen Anbau beim Gymnasium des JAG bereitzustellen. Wir sind der Meinung, dass aufgrund der vorhandenen Räumlichkeiten in Emden ein Anbau in Höhe von 2,5 Mio. € plus Einrichtungskosten nicht erforderlich ist, wie immer die Schulstruktur auch in Emden letzten Endes umgesetzt werden wird. Allerdings haben wir uns immer für die Errichtung der Naturwissenschaftlichen Räume beim JAG, diese sind mit rund 900.000 € veranschlagt, eingesetzt. Für die Umsetzung des Schulstrukturgesetzes stehen im Haushalt keine Mittel zur Verfügung, das sollte noch einmal deutlich gemacht werden.

Das Programm zur Sanierung der Schulen mit rd. 5,2 Mio. € ist von uns mitgetragen worden und wird auch weiterhin von uns unterstützt. Dieses Programm wurde im Rahmen der „Allianz der Vernunft“ beschlossen. Wo wir allerdings überhaupt nicht mit einverstanden sind, ist der Neubau eines Verwaltungsgebäudes in Höhe von 5,2 Mio. € an der Bahnstrecke, die u. E. nur als Lärmschutzwand für die sogenannten Kapitänshäuser dienen sollen. Wir hoffen, dass diese Häuser auch ohne das Lärmschutzgebäude gebaut werden. Ich meine, mit dem Bau der Kapitänshäuser steht und fällt das ganze Binnenhafenprojekt, welches für die Stadt Emden von großer Bedeutung sein wird. Allerdings ist es in letzter Zeit um den Bau des Verwaltungsgebäudes ruhig geworden. Wir sind dafür, dass die Beschäftigten der Stadt in angenehmen und zeitgemäßen Räumlichkeiten arbeiten, für Sanierungen bestehender Gebäude werden wir unsere Zustimmung nicht verweigern.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen, meine Damen und Herren.

Die FDP-Ratsfraktion hat zusammen mit den anderen Fraktionen und der Verwaltung dafür gesorgt, dass unsere Stadt im Vergleich zu fast allen Städten im Jahre 2004 noch gut da steht. Durch die Bereitstellung der Mittel werden viele Menschen in Emden Arbeit und Brot bekommen. Wie das im nächsten Jahr aussehen wird, kann heute noch keiner sagen. Wir wollen nicht hoffen, dass die Gewerbesteuer weiter wegbricht, die Geschäftszahlen von unserem größten Arbeitgeber geben zu denken.

Deshalb appelliere ich zum Schluss meiner Rede noch einmal an alle, die Verantwortung in dieser Stadt tragen, ob in Verwaltung, Politik, Verbänden, beim Sport, in der Kultur oder in der Sozialarbeit:

Richten Sie sich schon jetzt darauf ein, das wir aller Voraussicht nach im Jahre 2005 auch mit weniger Geld auskommen müssen. Herr Lutz hat uns eingangs der Sitzung die negativen Auswirkungen aus Berlin geschildert. Ich bitte jedoch alle Verantwortlichen, nicht dem Zeitgeist zu verfallen und zu jammern. Wir sollten ab sofort damit beginnen, zu überlegen, wie

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

wir mit geringeren Mitteln in allen Bereichen in unserer Stadt ein gutes Angebot aufrechterhalten können. Meine Fraktion ist dazu bereit.

Ich möchte mich ausdrücklich für die Arbeit des Kämmerers und seiner Mitarbeiter bedanken, die uns geholfen haben, die Haushaltsberatungen entsprechend durchzuführen. Dass die Beratungen erst heute abgeschlossen werden können, ist nicht der Verwaltung anzulasten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Die FDP-Fraktion trägt seit der letzten Kommunalwahl für die Stadt eine große Verantwortung. Die Fraktion hat versucht, sich dieser Verantwortung zu stellen und entsprechend zum Wohle der Stadt zu arbeiten. Dabei kommt es naturgemäß auch zu Reibereien, sowohl mit der Bürgerschaft, den anderen Fraktionen als auch mit der Verwaltung. Wir reichen allen, die Verantwortung tragen, die Hand zur Zusammenarbeit, um das Beste für Emden zu erreichen. Nur dafür sind wir gewählt. Wir sind kein Parlament, sondern ein Rat!

Meine Fraktion hat im Rat nicht die Mehrheit, trotzdem wurden fast alle unsere Wünsche und Ideen im Haushaltsplan 2004 berücksichtigt. Das hängt auch mit der guten Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen zum Abschluss der Haushaltsberatungen zusammen.

Die FDP-Fraktion wird deshalb dem Haushaltsplan 2004 zustimmen.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn E. Bolinus und erteilt **Herrn Renken** das Wort:

Zitat:

„Vielen Dank, Herr Vorsitzender und meine Damen und Herren, ich will jetzt auch nicht ins Jammern verfallen, bei dem, was ich jetzt sage, das liegt mir nämlich auch nicht so sehr. Aber trotzdem ist natürlich die Mitteilung von Herrn Lutz, dass uns der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat für den Verwaltungshaushalt 2005 ein Defizit von 10 Mio. € bescheren wird, ein Schlag ins Kontor. Gemeinsam müssen wir, jeder nach seinen Möglichkeiten, uns dafür einsetzen, dass dies nicht so kommt. Denn sonst werden wir schon im Frühjahr mit hochroten Köpfen zusammen sitzen und nicht ein noch aus wissen, wenn es um die Beratungen zum Eckwertebeschluss geht. Dies vorweg geschickt, komme ich zu meinen Ausführungen zum Haushalt 2004.

Wenn wir heute über das Budgetbuch für 2004 entscheiden, dann liegt wie in jedem Jahr zwischen der Einbringung des Entwurfes durch die Verwaltung und dem Beschluss des Rates ein langwieriger Prozess intensiver Beratungen in den Fraktionen, zwischen dem Rat und der Verwaltung und zwischen den Fraktionen. Es ist ja eine gute Gepflogenheit, an dieser Stelle Herrn Stadtrat Lutz als zuständigem Mitglied des Verwaltungsvorstandes, aber ebenso seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte, geduldige und von Offenheit getragene Unterstützung bei den Beratungen zu danken. Dies mache ich gern.

Überlagert wurden die Haushaltsberatungen diesmal von der schwierigen, von großer Beteiligung der Öffentlichkeit getragenen und kontrovers entschiedenen Debatte um die Umsetzung der von der Landesregierung durchgepeitschten Schulstruktur. Diese Gesetzgebung hat zu einer unnötigen Verschlechterung des Klimas in der Stadt geführt und ist zu einer nicht zu vertretenden Belastung von Lehrern, Eltern und Schülern geworden. Wir wissen, dass der Ratsbeschluss nicht das Ende vom Lied ist. Er wurde von der CDU und FDP in Zusammenarbeit mit Herrn Mecklenburg mit heißer Nadel gestrickt und hat weitere Probleme verursacht. Die Auseinandersetzung um die Schulstruktur geht deshalb weiter. Zum einen mit dem eingeleiteten Bürgerbegehren für den Erhalt der Dollartschule, zum anderen mit der Forderung nach einem Erweiterungsbau für das Johannes-Althusius-Gymnasium. Wir be-

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

kennen uns zur Unterstützung dieser Anliegen und werden diese nach unseren Möglichkeiten fördern.

Wenn wir uns an den Anfang der Haushaltsberatungen zurückversetzen, stand zunächst die Frage im Mittelpunkt:

Wie werden sich unsere Einnahmen in 2004 entwickeln? - Dies vor dem Hintergrund des massiven Gewinneinbruches bei Volkswagen und des unklaren Ausgangs der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat.

Wir müssen festhalten, dass wir bei der Gewerbesteuer brutto einen Rückgang von rund 30 % gegenüber 2002 einzuplanen haben und wir müssen feststellen, dass der im Vermittlungsausschuss ausgehandelte Kompromiss ein Kompromiss zwischen Bund und Ländern zu Lasten der Kommunen ist. Am Ende bleibt uns weniger als Nichts. Dies hat uns Herr Lutz nachvollziehbar dargestellt, auch wenn Herr Riese dies aus verständlichen Gründen anders darstellen wollte.

Die Reduzierung der Gewerbesteuerumlage reicht nicht aus, um die zusätzlichen Belastungen aus dem Vorziehen der Steuerreform, die Ablehnung der Erweiterung des Kreises der Gewerbesteuerpflichtigen und die Kürzungen im Finanzausgleich des Landes auszugleichen. Ob es am Ende wirklich zu einer Entlastung durch das Arbeitslosengeld II kommt, wissen wir noch nicht, denn im Gegenzug ist den Kommunen das Wohngeld aufgedrückt worden. Und das Land Niedersachsen gibt die Entschädigungen, die es für sich und die Kommunen beim Bund für den Rückgang der Einkommenssteueranteile erhalten hat, nicht weiter. Dies ist ein ernüchterndes Ergebnis und zeigt deutlich auf, dass der Kampf der Städte um eine angemessene Finanzausstattung und klare Zuordnungsregeln – die gesetzliche Verankerung des Konnexitätsprinzips – weiter gehen muss.

Trotz dieser unerfreulichen Rahmenbedingungen ist es auch für 2004 noch gelungen, einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt zu planen, und zwar ohne schmerzhaftes Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen, die das Profil einer Stadt prägen und zu ihrer Standortqualität beitragen. Emden ist in dieser Hinsicht ein Sonderfall. Aber die Zeiten werden auch für uns härter.

Diejenigen, die für 2004 pauschale Kürzungen von einem Prozent im Verwaltungshaushalt gefordert haben, sollten auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass bereits gegenüber 2003 ein Prozent eingespart werden soll. Sie sollten auch bedenken, dass der Kämmerer auf eine Reihe von Risiken sowohl auf der Einnahmeseite wie insbesondere auf der Ausgabenseite hingewiesen hat, die einen Haushaltsausgleich gefährden können. Diese Risiken bestehen 2004 vor allem bei der Eingliederungshilfe und beim Krankenhaus. Ein weiterer kritischer Posten ist die Gebäudewirtschaft. Hier müssen die Nebenkosten, speziell die Energiekosten, gesenkt werden.

Man kann den Verwaltungshaushalt eben nicht beliebig ausquetschen wie eine Zitrone. Dies zeigen die vielen Städte, die seit Jahren mit einem unausgeglichenem Haushalt über die Runden kommen müssen. Es ist richtig, eine schlanke Verwaltung zu fordern. Aber es ist eben so wichtig, vor einer magersüchtigen Politik zu warnen. Es nützt doch nichts, einen ausgeglichenen Haushalt nur für das Schaufenster zu beschließen, um am Ende mit einem Defizit dazustehen.

Ich will nicht mehr auf alle Vorhaben im Haushalt 2004 eingehen. Die großen Projekte sind in den Vorjahren auf den Weg gebracht worden und befinden sich in der Umsetzung: die Umgestaltung des Binnenhafens, der Umbau des Rathauses, das „Soziale Stadt-Programm“ in Barenburg und der Industriepark Frisia. Dort werden mehrere hundert Zuliefer-Arbeitsplätze mit ganz entscheidendem städtischen Zutun entstehen. Aber wir müssen zur Kenntnis neh-

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

men, dass auf der anderen Seite 240 Arbeitsplätze von Dräxlmaier und VW-Bordnetze von den Unternehmen abgezogen werden. „Low-Cost-Production“ ist die Forderung der Hersteller an die Zulieferer, und diese weichen in die Niedriglohnländer aus, anstatt die Herausforderungen bei uns zu lösen. Wenn die bekannten Pläne umgesetzt werden, ist dies nicht nur eine Gefährdung des Ziels, die Arbeitslosigkeit zu senken. Es sind vor allem Frauen betroffen, deren Chancen am Arbeitsmarkt von vornherein schlechter sind als bei Männern. Wir bitten deshalb den Oberbürgermeister, seinen Einfluss geltend zu machen und ebenso wie bei der Cassens-Werft für den Erhalt der Arbeitsplätze alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

Wir erwarten, dass zügig das Schulsanierungsprogramm mit dem beschlossenen Volumen von 5,5 Mio. € auf den Weg gebracht wird. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind durch den optimierten Regiebetrieb Gebäudewirtschaft geschaffen worden. Die Schulen haben es bitter nötig, dies hat nicht zuletzt der Bericht über die Hygienebedingungen für etliche Schulgebäude nachgewiesen.

Ebenso stehen Entscheidungen für das Hallenbad an. Mit den Ausschreibungen für die Architekten und die Betreiber sind weitere Schritte getan. Die Entscheidungen können noch in diesem Jahr fallen. Unverzichtbar ist für uns in der Konzeption, dass wir in Emden ein „Mehrgenerationenbad“ bekommen. Die Belange von Kindern dürfen nicht „baden“ gehen. In den Gesprächen zwischen den Fraktionen ist es in der Mehrzahl der Änderungsvorschläge zum Verwaltungsentwurf sehr rasch zu einer Einigung gekommen. Die Dinge sind genannt, und ich will hier nicht alles wiederholen. Mit einem „Schmusekurs“ gegenüber der Verwaltung hat dies für uns nichts zu tun.

Das Radwegeprogramm haben wir mit einem Grundbetrag von 100.000 € im Investitionsprogramm über die nächsten Jahre abgesichert. Gleichwohl wissen wir aus den Untersuchungen zum Verkehrsentwicklungsplan, dass wir ein Programm brauchen, das ein mehrfaches an Mitteln erfordert. Die Experten sprechen von rund 300.000 € über mehrere Jahre. Es bleibt unser Ziel, wie im Verkehrsentwicklungsplan beschrieben, den Anteil des Radverkehrs deutlich zu steigern und dafür die notwendigen Mittel bereit zu stellen. Wir werden nach Vorlage der Haushaltsreste aus 2003 eine Initiative ergreifen, den Mittelansatz nochmals zu erhöhen.

Wir setzen uns weiter für eine kinder- und familienfreundliche Stadt ein. Dafür haben wir Ratsbeschlüsse initiiert, die jedoch bisher nicht umgesetzt worden sind. Dies ist nicht in unserem Sinn. Derzeit scheinen aber nur kleine Dinge durchsetzbar zu sein. Insofern ist es zumindest erfreulich, dass sich alle Fraktionen darin einig waren, noch in diesem Jahr ein Jugendforum zu veranstalten, Projekte gegen die Kinderarmut anzustoßen und mit der Aufstockung des Neuerwerbungssetats der Stadtbücherei für Kinder- und Jugendmedien die Lesekompetenz zu fördern.

Seit Anfang 2000 haben wir uns mit mehreren Anfragen und Anträgen um Aufklärung über das dunkle Kapitel der Zwangsarbeit in Emden gekümmert. Mit der Verleihung der Ehrenmünze der Stadt Emden an Robert Piat hat der Rat auf Vorschlag des Oberbürgermeisters ein wichtiges Zeichen der Erinnerung und der Versöhnung gesetzt. Gleichwohl besteht ein großer Nachholbedarf an der Sicherung und Aufarbeitung der noch vorhandenen Daten über Zwangsarbeiter in unserer Stadt. Wir wollen die vorhandene Erinnerungsarbeit ausbauen und weiterentwickeln helfen.

Die Einstellung der Planungskosten für einen Erweiterungsbau am JAG ist Einsicht in die Notwendigkeit. Die räumliche Enge und der Zustand der Fachräume sind lange ertragen worden. Das Gesundheitsamt schreibt:

„Das notwendige Raumangebot ist wesentlich zu knapp bemessen. Die räumliche Enge und der Platzmangel ist allorts offensichtlich.“

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Dies ist vor dem Hintergrund der steigenden Übergangszahlen zu den Gymnasien nicht länger hinnehmbar. Die Sanierung der bestehenden Fachräume reicht eben nicht aus, wie uns die FDP glauben machen will. Die Planungsunterlagen der Verwaltung belegen eindeutig:

Es besteht auf Dauer zusätzlicher Bedarf an Räumen. Und weil Investitionen in die Bildung nachhaltige Zukunftsinvestitionen sind, die für uns von vorrangiger Bedeutung sind, wollen wir dies mit durchsetzen. Daran ändert auch der Versuch der FDP nichts, über einen Eilantrag eine Veränderung der Schuleinzugsbereiche zugunsten des GAT auf die Tagesordnung zu setzen. Dies wird erstens nicht dazu führen, dass sich die Raumprobleme am JAG in Luft auflösen. Und das GAT wird mit steigenden Schülerzahlen ebenfalls ausgelastet sein. Die von der Gesamtkonferenz am GAT befürchtete, mit Qualitätsverlusten einhergehende Dreizügigkeit wird nach Einarbeitung der Elterwünsche in die Planung nicht kommen. Vielmehr ist von einer dauerhaften Vierzügigkeit auszugehen.

Wir raten deshalb, mehr Gelassenheit an den Tag zu legen und wie Herr Ammermann vorschlägt, vor einer überstürzten Reaktion die reale Entwicklung zunächst einmal abzuwarten. SPD und FDP wollen ein von der Stadt finanziertes kommunales Ausbildungsplatzförderungsprogramm. Über 3 1/2 Jahre sind dafür insgesamt über 300.000 € aus dem Verwaltungshaushalt aufzubringen. Wie das finanziert werden soll, ist unklar. Auch ob das Programm in den Folgejahren wiederum aufgelegt werden soll, wenn die Lücke im Lehrstellenangebot sich als dauerhaft erweist. Wir haben dies in dieser Form und Vorgehensweise abgelehnt. Unser Standpunkt ist folgender:

Die Jugendlichen brauchen nach der Schule eine Perspektive, und dies ist für die meisten immer noch eine Lehrstelle. Dies ist unbestritten. Aber das, was SPD und FDP vorgeschlagen haben, ist doch nur die drittbeste Lösung bei der Schaffung von fehlenden Ausbildungsplätzen. Und die von der Bundesregierung geplante Ausbildungsumlage wäre nur die zweitbeste Lösung. Denn eigentlich müssten sich die Tarifparteien einigen. Industrieverbände und Gewerkschaften wissen viel besser als die Regierung, wo wie viele Stellen gebraucht werden. Und dies geschieht bereits in einigen Bereichen. Deshalb sagen wir:

Entlasst die Tarifparteien nicht aus der Verantwortung, und schon gar nicht mit einem Signal zur falschen Zeit!

Mit Befriedigung nehmen wir die Absicht der Verwaltung zur Kenntnis, dass die durch die Änderungen notwendigen zusätzlichen Mittel im Vermögenshaushalt nicht durch eine Neuverschuldung aufgebracht werden, sondern durch die Entnahme aus den Rücklagen, die im Haushalt 2003 erwirtschaftet werden. Es wird also keine zusätzliche Nettoneuverschuldung in 2004 geben.

Unser Fazit als Grüne ist:

Wir können dem Budgetbuch 2004 zwar nicht mit großer Freude zustimmen, ballen aber auch nicht die Faust in der Tasche, sondern sind zufrieden mit dem Erreichten. Wir sind aber auch bereit, mit Ihnen gemeinsam für bessere Bedingungen der kommunalen Selbstverwaltung zu kämpfen. Nötig ist es allemal.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn Renken für den Vortrag.

Herr Brinkmann erklärt zum Kommunalen Finanzausgleich, dass es wichtig sei, nicht an der Gewerbesteuer zu „rühren“. Es sei die einzige im Grundgesetz verbriefte Steuereinnahme der Kommune. Wenn gesagt werde, dass die Bundesregierung keinen Kommunalen Finanzausgleich zustande gebracht habe, so sei dies nur die halbe Wahrheit. Im Grunde genommen seien alle Parteien gegen einen großen Kommunalen Finanzausgleich, denn jedes Land habe seine eigenen Interessen. Deshalb sei dieser Kompromiss auch ein so „fauler“ Kompromiss, weil alle Parteien ihre Probleme „abgewälzt“ hätten auf die Kommunen. Ein die

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Kommunen entlastender Kompromiss sähe ganz anders aus. Es handele sich hier nicht um ein Parteien-, sondern um ein Zuständigkeitsproblem. Nachdem die Verwaltung eigentlich im letzten Jahr guter Hoffnung gewesen sei, sei sie jetzt weit von der Hoffnung entfernt, zu glauben, dass es doch zu einem vernünftigen und fairen kommunalen Finanzausgleichkompromiss kommen könne. Schon bei der Aufstellung des Eckdatenbeschlusses werde es zu Problemen kommen, wenn dieser Kompromiss beibehalten werde, prophezeit er.

Zum Beschluss der Schulstrukturreform in der Ratssitzung am 22.01.2004 erklärt er, dass damit eine Investition zwischen 3 und 4 Mio. € ausgelöst worden sei. Auch eine Änderung der Schuleinzugsbezirke helfe da nicht, die Kosten zu mindern. Er erwarte sogar noch Folgekosten. Es würden Ausgaben auf die Stadt Emden zu kommen, von denen er nicht wüsste, wie sie zu bewerkstelligen seien.

Herr E. Bolinius erkundigt sich, nach welchem Schulmodell die 3,8 Mio. € Investitionskosten nicht zustande gekommen wären.

Herr Dr. Kleinschmidt beendet die Diskussion und lässt über die Vorlage 14/875-02 abstimmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 12 Vorlage 14/877-02
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2007

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2007

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 13 Vorlage 14/879-00
Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004

im Verwaltungshaushalt
in Einnahmen und Ausgaben mit je 441.100 €

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 14 Vorlage 14/613-01
Dorferneuerung Wybelsum/Logumer Vorwerk;
- Vortrag der Planungsergebnisse durch die Planungsgruppe Ländlicher Raum

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Herr Dr. Kleinschmidt erklärt, dass ein ausführlicher Vortrag im zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung stattgefunden habe.

Beschluss: Die Dorferneuerungsplanung Wybelsum/Logumer Vorwerk wird als Leitlinie für die zukünftige Gestaltung dieser Ortsteile bestimmt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 15 Vorlage 14/704-02
Windpark Borssumer Hammrich

(Herr Buischer nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss:

1. Die Ziele der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes werden nicht weiter verfolgt. Das Aufstellungsverfahren 21. Änderung des Flächennutzungsplanes wird eingestellt.
2. Es wird festgestellt, dass die 21. Änderung keine Gültigkeit erlangt hat (siehe Urteil des OVG).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Windpark Borssum Verwaltungs- und Beteiligungs- GmbH einen öffentlich-rechtlichen Vertrag auszuhandeln, in dem die Zahl der Windkraftanlagen im Windpark Borssumer Hammrich auf 2 E 112 und 2 E 66, alternativ auf 3 E 112 begrenzt wird.
4. Die Stadt Emden stellt in Aussicht, zu einem Bauantrag, der dem öffentlich-rechtlichen Vertrag nach Ziffer 3 entspricht, das Einvernehmen gemäß § 36 BauGB zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 037
Dagegen: 000
Enthalt.: 002

Punkt : 16 Vorlage 14/1000-00
11. Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Emden

Beschluss: Die als Anlage zur Vorlage 14/1000-00 beigefügte 11. Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 15.11.1971 über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Emden in der Fassung vom 29.06.2000 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 17 Vorlage 14/1001-00
Wiederwahl des Schiedsmannes für das Schiedsamt 3 (Widdelswehr)

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden wählt Herrn Hermann Goemann für weitere 5 Jahre zum Schiedsman für das Schiedsamt Emden 3 (Widdelswehr).

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 18 Vorlage 14/1002-00
Wiederwahl des Schiedsman-Stellvertreters für das Schiedsamt 3 (Widdelswehr)

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden wählt Herrn Jakobus Hildebrandt für weitere 5 Jahre zum Schiedsman-Stellvertreter des Schiedsamtes Emden 3 (Widdelswehr).

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 19 Vorlage 14/1003-00
Neuwahl eines Schiedsmannes für das Schiedsamt Emden 1 (Stadtmitte)

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden wählt Herrn Bette Raveling für 5 Jahre zum Schiedsman des Schiedsamtes Emden 1 (Stadtmitte).

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 20 Vorlage 14/999-00
Übernahme der Schiffsbrandbekämpfung im Bereich der Emsmündung und in den Häfen Delfzijl und Eemshaven

Beschluss: Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden übernimmt als neue Aufgabe die Schiffsbrandbekämpfung auf der niederländischen Seite im Bereich der Emsmündung und in den Häfen Delfzijl und Eemshaven.

Näheres wird in einer zwischen dem Königreich der Niederlande, der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Emden abzuschließenden Vereinbarung geregelt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 21 Vorlage 14/1014-00
Verordnung über die Art, das Maß und die räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Emden

Beschluss: Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Verordnung über die Art, das Maß und die räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Emden

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Punkt : 22 Vorlage 14/1015-00
Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen in der Stadt Emden

Beschluss: Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen in der Stadt Emden

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 23 Vorlage 14/995-00
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung der Stadt Emden

Beschluss: Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung der Stadt Emden

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 24 Vorlage 14/1050-00
Berichterstattung über Zwangsarbeiter-Entschädigung;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.02.2004

Herr Renken erklärt, Anliegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei es, ein zusammenführendes Konzept über die Weiterentwicklung dieser Erinnerungskultur, für die sich alle Fraktionen eingesetzt hätten, zu erhalten. Immerhin seien auch verschiedene Fachdienste, wie z. B. das Stadtarchiv, der FD Bürgerbüro sowie der FD Standesamt, mit dieser Sache befasst. Er würde sich einen entsprechenden Vortrag im Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung wünschen. Seine Fraktion gehe davon aus, dass die Verwaltung hierzu in der Lage sei.

Herr Brinkmann bemerkt, dass dem Verwaltungsvorstand die Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeiter genauso am Herzen liege wie dem gesamten Rat. Hierfür müssten aber auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Deshalb sei es seine feste Überzeugung, dass der Rat nur dann die Geschichte der Zwangsarbeiter in Emden richtig aufarbeiten könne, wenn die Sache genauso wie die des Vereins ehemaliger Emdener Juden gehandhabt werde. Wichtig sei ein verantwortliches Gremium für die Aufarbeitung der Emdener Zwangsarbeiter. Zusätzlich ständen dann noch die verschiedenen Fachdienste der Stadt Emden für die Zusammenfassung der Materialien zur Verfügung. Wenn diese Arbeit ausschließlich die Verwaltung übernehmen würde, wäre dies eine Benachteiligung gegenüber dem Arbeitskreis der ehemaligen Emdener Juden, aber auch des Bunkermuseums, die hervorragende Arbeit geleistet hätten.

Herr Renken stimmt Herrn Brinkmann grundsätzlich zu. Sicherlich sei eine Brücke zwischen Verwaltung und privater Initiative der beste Weg. Es sei ein wirklicher Glücksfall, dass die Stadt Emden mit dem Arbeitskreis „Juden in Emden“ Leute habe, die sowohl von der Ausbildung wie vom Engagement ganz Außergewöhnliches für die Stadt Emden geleistet hätten, was so ohne Weiteres nicht auf das Thema „Zwangsarbeit“ zu übertragen sei. Deshalb sollte man dort s. E. mit einem etwas stärkeren Engagement der Verwaltung in Vorleistung treten. Er wüsste, mit welchem Engagement der Leiter des Stadtarchivs bei der Sache sei und dass in den 90-er-Jahren auch eigene Recherchen vom Bunkermuseum geleistet worden seien.

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Rates am 26.02.2004

Einig sei man sich darüber, dass die aufgearbeiteten Dinge auf der einen Seite, aber auch die Daten, die in der Gefahr seien, verloren zu gehen, bewahrt werden müssten. Es wäre wünschenswert, wenn eine Aufarbeitung in Zusammenarbeit mit dem Verein „Bunkermuseum“ hinzubekommen sei. Es sollten jedoch nicht erst wieder zwei oder drei Jahre ins Land gehen.

Herr Mecklenburg bittet um Einbeziehung der Emdener Jugendlichen in diese Thematik. Er erinnert daran, dass Schüler des JAG in den vergangenen Jahren die Geschichte der Weimarer Republik und die des Nationalsozialismus in Emden in einer sehr umfangreichen und lesenswerten Dokumentation mit Leistungskursen dieser Schule erstellt hätten. Vielleicht wäre es möglich, dass die Verwaltung formal einen Appell an die Schulen richte, um sich im nächsten Schuljahr in Leistungskursen bzw. Projektgruppen mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 25 Vorlage 14/1011-00
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2002 der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft mbH (AAGE)

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 26 Vorlage 14/1013-00
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2002 des Vereins für Rettungsdienst, Krankentransporte und soziale Hilfsdienste e.V. (RKSH)

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 27 Vorlage 14/993-00
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts für das Haushaltsjahr 2003

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt: 28 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.